



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband



AKTUELLES

SoVD-Frauen diskutieren über Kinderarmut

SOZIALES

Kassen zahlen Hautkrebs-Früherkennung

INTEG

Workshop: Arbeitsmarktchancen für Jugendliche

AKTUELL

Arbeitstreffen der Frauen im SoVD Niedersachsen / Ausstellung regt Diskussionen an

„Frauen- und Kinderarmut aktueller denn je“

Mit der Ausstellung „Ohne Arbeit kein Vergnügen“ eröffnen die Frauen im SoVD Niedersachsen am 29. Mai ihr viertes Frauenfrühstück.

Rund 50 Teilnehmerinnen folgten der Einladung nach Hannover. Darunter waren die niedersächsischen SoVD-Kreisfrauensprecherinnen, die frauenpolitischen Sprecherinnen aus den Landtagsfraktionen von SPD, Ulla Groskurt, und Bündnis 90/Die Grünen, Elke Twesten, sowie Vertreterinnen anderer Verbände.

Im Mittelpunkt des Arbeitsfrühstücks stand neben dem Thema Netzwerken der Vortrag von Evelyn Schuckhardt. Sie hatte 1997 die Ausstellung zusammen mit dem Verein Donna 45 und dem Zentrum für Frauen-Geschichte in Ol-



Teilnehmerinnen beim Vortrag im SoVD-Haus.

denburg konzipiert. „Und obwohl seitdem zehn Jahre vergangen sind“, sagt Schuckhardt, „ist das Thema Frauen- und Kinderarmut aktueller denn je.“ Der Abbau von sozialen Leistungen - und damit die Verschlechterung der Lebensbedingungen - habe in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch zugenommen. Besonders Kinder seien nach Untersuchungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

die Verlierer von Hartz IV, da das Leistungsniveau des Sozialgeldes nach dem SGB II geringer ist als das der früheren Sozialhilfe mit Regelsatz und den zusätzlichen einmaligen Leistungen.

An Zahlen machte Schuckhardt deutlich, was die Gesellschaft als sozial-kulturelles Existenzminimum für Kinder und Jugendliche definiert. Mit Einführung der Hartz IV-Gesetze seien zum Beispiel die

Regelsätze für Schulkinder erheblich gesenkt worden. 2005 sei der Satz der 7- bis 14-Jährigen zudem von 65 auf 60 Prozent des Eckregelsatzes gekürzt worden. Wäre er bei 65 Prozent geblieben, würde er heute 226 Euro betragen, nicht 208 Euro.

Auch waren vor Hartz IV die Zahlungen für Schulkinder von (sieben bis 14 Jahre) knapp ein Drittel höher als die für Säuglinge. Heute bekommen 7- bis 14-Jährige genauso viel wie Säuglinge. „Wir sehen hier erheblichen Handlungsbedarf. Diesen Punkt werden wir auf jeden Fall weiterhin in Gesprächen mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen erörtern“, sagt die stellvertretende SoVD-Landesfrauensprecherin Katja Krüger.

Die Ausstellung „Ohne Arbeit kein Vergnügen“ war bis Mitte Juni im Sozialinformationszentrum des SoVD-Hauses in Hannover zu sehen und ist beim Zentrum für Frauen-Geschichte e.V. in Oldenburg (Tel.: 0441/776990) gegen Gebühr ausleihbar. Sie bietet eine hervorragende Basis, um auch vor Ort mit der Politik und anderen Verbänden in den Dialog zu treten und die Problematik zu diskutieren.

Sozialabbau stoppen!



Alterswohnsitz?



Eine wichtige Information für alle Kreis- und Ortsverbände in Niedersachsen: Wenn Aktionen zur bundesweiten Sozialstaatsinitiative durchgeführt werden, können beim SoVD-Landesverband Materialien dazu angefordert werden. Kostenlos erhält jede Gliederung ein Kampagnen-Paket mit elf großformatigen Plakaten. Darüber hinaus sind Informationsblätter, Unterschriftenlisten und Traubenzuckerwürfel mit dem SoVD-Logo, die an Unterstützer verschickt werden, enthalten. Bestellungen können unter Angabe des Orts und Datums der konkret geplanten Aktionen per Fax (0511/7014870) oder per Post bestellt werden: SoVD Niedersachsen, z.H. Frau Dijana Dido, Herschelstr. 31, 30159 Hannover.



Katja Krüger

Fehlender Nachwuchs bei Allgemeinmedizinern

Anreize für Ärzte schaffen

Der SoVD Niedersachsen warnt vor einem Rückgang der Zahl von Hausärzten. Nach Berechnungen der Kassennärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) werden in den kommenden zwölf Jahren in Niedersachsen über 4.200 Ärzte in den Ruhestand gehen.

Ausreichender Nachwuchs sei im ambulanten Bereich jedoch nicht in Sicht. Besonders betroffen ist nach den KVN-Zahlen die hausärztliche Versorgung in den Landkreisen Gifhorn, Soltau-Fallingb. und im Emsland. Das geht aus der „Arztzahlprognose 2020“ der KVN hervor. 480 Hausärzte können sich demnach sofort in Niedersachsen niederlassen. Wenn die Entwicklung so weiterginge, würden in zwölf Jahren bis zu 1.000 Allgemeinmediziner fehlen.

„Wenn die Hausarztzahl weiter sinkt, hat das für ältere, sozial benachteiligte und nicht mobile Menschen äußerst negative Folgen. Die weiten Wege und höheren Transportkosten könnten letztlich dazu führen, dass diese

Menschen sogar auf Arztbesuche verzichten. Das darf man keinesfalls unterschätzen“, gibt SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer zu bedenken.

„Gerade die eben genannten Betroffenen sind darauf angewiesen, dass sich Ärzte in ihrer Nähe niederlassen. Notfallpraxen wären keine Lösungen. Dagegen sollte darüber nachgedacht werden, die Fahrtkostenregelungen zwischenzeitlich zu erweitern. Auf ein Taxi zum Hausarzt haben derzeit nur noch wenige Menschen Anspruch, zum Beispiel bei besonderen Merkzeichen in ihrem Schwerbehindertenausweis. Diese Regelungen sollte man lockern, bis es wieder mehr Hausärzte in der Fläche gibt“, erläutert Bauer.

Nach Auffassung des SoVD-Landesverbandes ist die Linie der KVN richtig, Anreize für die Ansiedlung von Allgemeinmedizinern in strukturschwachen Gebieten Niedersachsens zu schaffen - auch finanzieller Art. „Am besten wäre es, die Hausärzte besser zu honorieren“, sagt Bauer abschließend.

Derzeit existieren in Berlin nach Erkenntnissen der SoVD-Bundesgeschäftsstelle offenbar weiterhin Bestrebungen zur Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Derartige Pläne müssen aus Sicht des Bundesverbandes und der Landesverbände verhindert werden, auch Diskussionen in der zuständigen Berliner Föderalismuskommission sollten zukünftig unterbleiben.

Der SoVD Niedersachsen wendet sich deshalb nun erneut an die Verantwortlichen in der Landespolitik, damit diese ihren Einfluss geltend machen, um eine Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten endgültig vom Tisch zu schaffen.

„Mit dem in der Vergangenheit formulierten Ziel der Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichten setzt die Landesregierung eindeutig auf falsche Pferd“, sagt SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer angesichts der aktuellen Diskussion. Bereits im niedersächsischen Koalitionsvertrag

Sozial- und Verwaltungsgerichte

SoVD lehnt Zusammenlegung ab



Adolf Bauer

hatte sich die Regierung Wulff weiterhin für die Zusammenführung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit ausgesprochen.

„Die Bundesregierung hat diesen Plänen bereits eine klare Absage erteilt. Damit würde sich Niedersachsen nicht nur gegen den Bund stellen, sondern schlicht die Interessen der Menschen im Lande aus den Augen verlieren“, erläutert Landesvorsitzender Bauer, der zudem Präsident des SoVD-Bundesverbandes ist.

Es sei notwendig, dass soziale Angelegenheiten von spezialisierten Richterinnen und Richtern verhandelt würden. Im Sozialrecht existierten zahlreiche Verfahrensbesonderheiten, die es in der Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht gebe und den dort Beschäftigten somit nicht vertraut seien, führt Bauer aus.

„Die Sozialgerichte haben sich in dieser Form bewährt und müssen eigenständig bleiben. Die Landesregierung sollte sich nun endgültig von dem im Koalitionsvertrag festgelegten Ziel verabschieden, sich auch in Berlin dagegen aussprechen und in Niedersachsen die wirklich wichtigen sozialen Fragen angehen“, fordert Bauer.

SOZIALES

Anerkennung der Pflegestufe

Begutachtung: Daran sollten Sie denken

Den ersten Schritt haben Sie bereits getan: Sie haben einen Antrag auf Leistungen bei Ihrer Pflegekasse gestellt, um vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) die Pflegestufe Ihres Angehörigen feststellen zu lassen. Nun hat sich der Gutachter des MDK schriftlich bei Ihnen angekündigt. Doch was muss beim Besuch des Gutachters alles beachtet werden?

Im Folgenden haben wir einige Tipps zusammengestellt, damit Sie in der wichtigen Situation nichts vergessen und sich der Gutachter einen umfassenden Eindruck Ihrer Situation verschaffen kann.

- Legen Sie sämtliche wichtige Unterlagen wie Schwerbehindertenausweis, eventuell vorhandene Pflegedokumentationen vom Pflegedienst und ärztliche Atteste bereit.
- Fertigen Sie bereits vor dem Besuch des Gutachters ein Pflegetagebuch an. In diesem Pflegetagebuch führen Sie alle Tätigkeiten auf, bei denen Sie Hilfe oder Unterstützung benötigen.

Wichtig ist hierbei die Angabe genauer Zeiten, wann dieser Hilfebedarf besteht, wie oft am Tag oder in der Woche Sie diese Hilfe benötigen und wie lange sie im konkreten Fall andauert (minutengenau). So vergessen Sie in der aufregenden Situation der Begutachtung keine wichtigen Details. Außer-

dem kann der Gutachter ihre Aufzeichnungen mitnehmen und hat so eine gute Grundlage für seinen späteren Bericht. In der Regel können Sie ein solches Pflegetagebuch bei Ihrer Krankenkasse anfordern.

Pflege- und Wohnberatung Ihre Ansprechpartner

Standort Sulingen

Stephan Gewalt,
Bahnhofstr. 2, 27232 Sulingen,
Tel.: 04271 / 93 43 30

Standort Westerstede

Mareike Milachowski
Kuhlenstr. 2, 26655 Westerstede
Tel.: 04488 / 7 64 39 98

Standort Hannover

Marita Koch, Herschelstr. 31,
30159 Hannover,
Tel.: 0511 / 70148 43

Projektleitung

Sandra Köddewig
Herschelstr. 31, 30159 Hannover
Tel.: 0511 / 70148 35

- Schaffen Sie bei der Begutachtung keine „Sonntagssituation“. Denn zur Begutachtung soll der Hilfebedarf im Alltag eingeschätzt werden. Dies gelingt dem Gutachter nur, wenn Sie offen und ehrlich über Ihre momentane Situation sprechen.
- Idealerweise ziehen Sie zum

Begutachtungstermin eine Person Ihres Vertrauens hinzu, die Ihnen beiseite steht und gegebenenfalls auch Auskünfte zu Ihrem Hilfebedarf geben kann. Für den Gutachter ist es wichtig, neben dem Pflegebedürftigen selbst auch die Pflegeperson oder andere, mit der Situation vertraute Personen befragen zu können, um eine möglichst genaue Einschätzung vornehmen zu können.

In der Regel sieht sich der Gutachter auch die Wohnung an, um eventuelle Verbesserungen der Pflegesituation durch Hilfsmittel erkennen zu können. Das Gutachten dient als Grundlage für den Entscheid der Pflegekasse, ob und wenn ja welche Pflegestufe anerkannt wird.

Sollten Sie mit dem Entscheid nicht zufrieden sein, können Sie innerhalb der angegebenen Frist Widerspruch einlegen. Wichtig: Vor Einlegen eines Widerspruchs sollte Sie sich beraten lassen, ehe Sie ein Verfahren ohne hinreichende Erfolgsaussichten anstrengen.

Weitere Fragen zur MDK-Begutachtung oder allgemeine Fragen zu den Themen Pflege und Wohnen im Alter beantworten Ihnen die Mitarbeiter der Pflege- und Wohnberatung. Sie erreichen uns an den einzelnen Standorten in Hannover, Sulingen und Westerstede. Die Kontaktdaten finden Sie im nebenstehenden Info-Kasten.

Gut tun
Eine Initiative
des SoVD
tut gut



Zahlreiche Kinder- und Jugendbücher haben Ursula Pöhler (rechts im Bild), Vorstandsmitglied des Landesverbandes Niedersachsen, und die Burgdorfer SoVD-Kreisvorsitzende Brigitte Thomas (links) dem SOS-Kinderdorf in Brandenburg gespendet und nach einem Besuch der Einrichtung deren Leiterin Ulrike Salomon überreicht. Nicht nur Salomon - sondern auch die Kinder und Jugendlichen des SOS-Dorfes - waren begeistert von der Spende der beiden Vertreterinnen der Kampagne „Gut tun - tut gut“. Deshalb wurden Ursula Pöhler und Brigitte Thomas sogleich zu den nächsten Veranstaltungen nach Brandenburg eingeladen. Das SOS-Kinderdorf Brandenburg ist ein stationäres Angebot für 40 bis 48 Kinder und Jugendliche, die in familienähnlichen Gruppen mit jeweils fünf bis sechs Kindern oder Jugendlichen in modernen und kindgerechten Häusern zusammen wohnen und leben.

Aktueller Beratungsfall des Monats

Krankenkassen zahlen Früherkennung

In der Rubrik „Beratungsfall des Monats“ stellt das Niedersachsen-Echo in regelmäßigen Abständen exemplarische Fälle aus den Geschäftsstellen der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) vor. Dabei zeigen wir interessante Themen auf und stellen wissenswerte Informationen zur Verfügung.

Berlin, Juni 2008: Herr M. (42) meldet sich sehr unsicher und aufgeregt in der Beratungsstelle der UPD. Während seines Urlaubs hatte er an verschiedenen Körperstellen einen massiven Sonnenbrand. Auch in den vergangenen Jahren war er bereits häufig ungeschützt in der Sonne. Nachdem in den Medien immer wieder vor der steigenden Gefahr und der Zunahme von Hautkrebs (zum Beispiel Maligne Melanome) gewarnt wurde, ist er jetzt verunsichert.

Anspruch auf Untersuchung

Er möchte seine Haut jetzt einmal komplett auf Hautveränderungen überprüfen lassen. In der Beratungsstelle erkundigt er sich deshalb danach, welche dieser Leistungen seine gesetzliche Krankenversicherung übernimmt. Seit dem 1. Juli 2008 haben alle gesetzlich Krankenversicherten ab dem 35. Lebensjahr alle zwei Jahre Anspruch auf eine Untersuchung der Haut zur Früherkennung von Hautkrebs. Dies hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) im November 2007 beschlossen. Mit dieser Entscheidung trägt der G-BA der Tatsache Rechnung, dass

Hautkrebs in einem frühen Stadium behandelt und dann auch häufig geheilt werden kann.

Früherkennung ist wichtig

Davon sollen möglichst viele Patienten profitieren, denn momentan erkranken in Deutschland jährlich etwa 120.000 Menschen an verschiedenen Formen des Hautkrebs. Deshalb ist eine Früherkennung besonders wichtig. Laut G-BA wäre es sinnvoll, wenn die Überprüfung der Haut mit der

Ihre Ansprechpartner

Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD

**Unabhängige Patientenberatung
Beratungsstelle Hannover**

- Elke Gravert
- Guido Klumpe
- Heike Kretschmann
Herschelstr. 31, 30159 Hannover
Tel. 0511 / 7 01 48 - 29/ -73/ -81

www.unabhaengige-patientenberatung.de

Gesundheitsuntersuchung, dem „Check-up 35“, verbunden wird. Dabei wird der Patient auf Anzeichen für Herz-Kreislauf- und Nierenerkrankungen sowie Diabetes hin untersucht. Zukünftig kann ein entsprechend qualifizierter Hausarzt im Rahmen der Gesundheitsuntersuchung zusätzlich eine Untersuchung der Haut vornehmen oder den Patienten an

einen Hautarzt überweisen. Die Untersuchung ist jedoch nicht an den „Check-up 35“ gebunden.

Patienten können sie jederzeit - auch unabhängig von sonstigen Gesundheitsuntersuchungen - bei entsprechend qualifizierten Ärzten durchführen lassen. Wenn ein Verdacht auf Hautkrebs bestehen sollte, wird dieser anschließend immer durch einen Dermatologen (visuell oder gegebenenfalls durch eine Gewebeentnahme) überprüft. Die Kosten für die Untersuchung der Haut werden über die gesetzliche Krankenkassenversicherung per Versichertenkarte abgerechnet. Da es sich um eine Vorsorgeleistung im Rahmen der Krebsfrüherkennung handelt, fällt grundsätzlich keine Praxisgebühr an. Die Untersuchung beinhaltet:

- Anamnese (Krankheitsgeschichte)
- Visuelle Ganzkörperuntersuchung der Haut und der Kopfhaut
- Beratung über das persönliche Risikoprofil (Hauttyp) und notwendige Präventionsmaßnahmen
- Diagnostik und Dokumentation

Durch das Gespräch mit der Beratungsstelle weiß Herr M. nun, welche Leistungen übernommen werden. Tipp: Einige gesetzliche Krankenversicherungen stellen die Leistungen der Hautuntersuchung Versicherten bereits ab dem 18. oder 20. Lebensjahr zur Verfügung. Versicherte sollten sich bei ihren Krankenkassen erkundigen.

Öffentlicher Nahverkehr in Niedersachsen

Weiterhin gegen Kürzungen

Seit seiner Gründung setzt sich das Nahverkehrsbündnis Niedersachsen für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr ein, um auch für sozial benachteiligte und immobile Menschen die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zu gewährleisten. In erneuten Gesprächen mit den Landtagsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen hat das Verkehrsbündnis seinen Standpunkt verdeutlicht.

Auch der SoVD Niedersachsen engagiert sich in dem Bündnis, um dem drohenden Wegfall von bestimmten Streckennetzen in ländlichen Regionen Niedersachsens entgegenzuwirken. Denn: Nicht nur die größeren niedersächsischen Städte sollen günstig an den Nahverkehr angeschlossen sein, sondern auch die Fläche.

Modernisierung notwendig

Darüber hinaus fordert das Nahverkehrsbündnis Niedersachsen eine Modernisierung der einzelnen Bahnhöfe und Fuhrparks sowie attraktive Fahrpläne und angemessene Preise, um weiterhin Fahrgäste zu gewinnen und eine gute Alternative zum Pkw zu bieten. „Wer heutzutage Stilllegungen

durch Streckenschließungen oder Fahrplanausdünnungen in Kauf nimmt, verbaut sich für die Zukunft wichtige Handlungsoptionen, die wir angesichts des Klimawandels dringend benötigen“, erklärt Bernd Skoda, der den Standpunkt des SoVD Niedersachsen im Bündnis vertritt. Insbesondere das Thema Barrierefreiheit liege dem SoVD Niedersachsen am Herzen.

Nutzung für alle ermöglichen

„Menschen, die aus verschiedenen Gründen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind und in strukturschwachen Gebieten leben, muss durch entsprechende bauliche Maßnahmen sowohl bei den Fahrzeugen als auch bei den Haltestellen die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht werden“, sagt Skoda. Bereits mit der Volksinitiative „Keine Kürzungen bei Bus und Bahn“ hatte der SoVD Niedersachsen im Frühjahr dieses Jahres mit einer Unterschriftenaktion gegen Mittelkürzungen und Streckenstilllegungen protestiert und sich für die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in Niedersachsen stark gemacht.

Impressum

SoVD Niedersachsen
Herschelstr. 31, 30159 Hannover
Tel.: (0511) 70 148 0
Fax: (0511) 70 148 70
www.sovd-nds.de
E-Mail: presse@sovnd-nds.de

Redaktion:
Stefanie Jäkel
Tel.: (0511) 70 148 54
Christian Hoffmann (Leitung)
Tel.: (0511) 70 148 69

Bildbearbeitung und Grafik:
Barbara Linse
Tel.: (0511) 70 148 38

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

VERANSTALTUNGEN

integ-Jugend im SoVD Niedersachsen

Kathrin Schrader neue Ansprechpartnerin

Die integ Niedersachsen hat eine neue Jugendreferentin. Die 24-jährige Kathrin Schrader ist seit dem 1. Juni 2008 in der Abteilung Sozialpolitik der Landesgeschäftsstelle angestellt.

Seitdem arbeitet sie sich intensiv in ihr neues Aufgabengebiet ein. „Die Themen und Bereiche sind sehr vielfältig – aber genau das macht meine Aufgabe besonders reizvoll“, sagt Schrader.

Bevor sie zum SoVD kam, absolvierte sie ihr Pädagogikstudium an der Universität Hannover und arbeitete für die Arbeiterwohlfahrt. Bei ihrem Einstieg beim SoVD freut sie sich nun besonders auf die Gelegenheit „mir eine ganz neue, aber rundum interessante Materie zu erschließen“.

Viel Freude bereitet ihr seit langem die Arbeit für Jugendliche. „Ich habe sehr viel Spaß dabei, sie auf ihrem Lebensweg unterstützen zu können.“ Erfahrungen in der Jugendarbeit sammelt die 24-Jährige bereits

seit zehn Jahren als Übungsleiterin verschiedener Kinder- und Jugendturngruppen im Turnverein Kleefeld. Ebenfalls ist sie dort als Jugendwartin für die Arbeit mit Kindern und jungen Leuten zuständig. Als Ausgleichssport spielt Ka-



Kathrin Schrader

thrin Schrader seit ihrem sechsten Lebensjahr begeistert Korbball. Privat geht sie gerne ins Kino und trifft sich mit

Freunden zum Spielen – sowohl althergebrachte Brett- und Gesellschaftsspiele als auch moderne Spielekonsolen wie Gamecube oder Wii werden dann je nach Lust und Laune hervorgeholt. Für ein gutes Buch ist sie ebenfalls immer zu haben, wobei ihre Vorlieben bei Fantasygeschichten liegen.

Obwohl sie erst seit kurzer Zeit für den SoVD die Mitglieder bis 27 Jahren betreut, ist ihr Arbeitsalltag nicht nur reine Theorie. Im Vorfeld des Tages der Niedersachsen (vom 4. bis 6. Juli in Winsen an der Luhe) hat Kathrin Schrader die integ Niedersachsen bereits zusammen mit ehrenamtlich Aktiven vertreten. In Winsen wird die integ gemeinsam mit dem dortigen Kreis- sowie dem SoVD-Landesverband vertreten sein. In Zukunft möchte die neue Jugendreferentin bewährte integ-Projekte fortführen und mit kreativen Ideen neue Angebote für die Jugend im SoVD schaffen.

integ-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik

Chancen für junge Leute



Landesjugendvorsitzender Thomas Harms (vorne) und Katja Krüger (Zweite von rechts) beim integ-Workshop in Stade.

Vom 13. bis zum 15. Juni informierte die integ in Stade mit einem Workshop zum Thema „Arbeitsmarktpolitik für junge Menschen mit Behinderung“. Organisiert wurde das Treffen von der Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Jugend und Soziales, Katja Krüger. Die Teilnehmenden diskutierten vor allem über Möglichkeiten, Grenzen und aktuelle politische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Unterstützt wurde Krüger dabei unter anderem von Thomas Harms, dem integ-Landesvorsitzenden.

Ziel des Workshops war es, für die integ Niedersachsen ein Papier zu erarbeiten, das Empfehlungen gibt, durch welche Maßnahmen junge Menschen mit Behinderung einen schnelleren und qualifizierten Zugang zum Arbeitsmarkt finden.

Am Samstag wurde jedoch zunächst das Hamburger Museum der Arbeit besucht, bevor es am Nachmittag Diskussionsrunden in der Jugendherberge Stade gab. Drei Referenten beleuchteten die Thematik aus ihrer Sicht: Stefan Lorenzkowski von der Füngeling Router gGmbH, Rainer Mattern vom Integrationsfachdienst Stade und Manfred Häpp von Concepts für Communication. Sie gaben den Teilnehmenden der integ-AG Jugend und Soziales viele Anregungen und Ansätze für die weitere Arbeit. Dabei stellten die Gruppen fest, dass durch neue Initiativen (beispielsweise

„Job4000“ und das vom Landesbehindertenbeauftragten unterstützte Budget für Arbeit) ein Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik für junge Menschen mit Behinderung stattgefunden hat. Statt Gewicht auf Trainingsmaßnahmen und theoretische Schulungen zu legen, soll mit der Maßgabe „erst platzieren, dann qualifizieren“ versucht werden, diesen Personenkreis auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Im zweiten Schritt soll flankierend dazu der theoretische Unterbau vermittelt werden.

Der SoVD-Kreisverband Stade sieht die Bedeutung dieser Thematik ebenfalls. Kreisvorsitzender Walter Törner und die 2. Vorsitzende Margrit Schaar unterstützten die Diskussion deshalb mit großem Interesse.

Verbessertes Info-Angebot

Auch aus Sicht des Landesjugendvorstandes besitzt die Verbesserung der Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für junge Menschen mit Behinderung eine hohe Priorität. Deshalb sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie von Seiten der integ und des SoVD ein noch verbessertes Aufklärungs- und Informationsangebot umgesetzt werden kann.

Mitglieder bis 27 Jahre, die Interesse an einer Mitarbeit in der integ haben, können sich bei Jugendreferentin Kathrin Schrader (Tel.: 0511/7014893) melden.

Gleich vormerken

integ-Termine

Auch im Juli und August finden sich integ-Gruppen und -Initiativgruppen in verschiedenen niedersächsischen Orten zu ihren monatlichen Treffen zusammen.

Interessierte Jugendliche und junge Erwachsene sind dabei jederzeit ganz herzlich willkommen!

Wer mitmachen oder hineinschnuppern möchte, kommt entweder direkt zu den genannten Treffpunkt oder wendet sich an das Jugendreferat im SoVD Niedersachsen, Tel.: 0511/70 148 93 oder per Mail: integ@sovd-nds.de. Informationen sind auch im Internet unter www.integ-nds.de abrufbar.

integ-Gruppe Peine

12. Juli 2008, 16 Uhr: integ-Treffen, Paritätischer Peine, Virchowstr. 8a, Peine

9. August 2008: Sommerfest

integ-Gruppe Uelzen

1. August 2008, 18 Uhr: integ Treffen, Alcatraz, Uelzen

integ-Initiativgruppe Hannover

8. Juli 2008, 18 Uhr: Bootsfahrt, Maschsee

12. August 2008, 18 Uhr: Grillabend, Pestalozzi-Stiftung, Hildesheimer Str. 141

integ-Initiativgruppe Rotenburg

18. Juli 2008, 18 Uhr: integ-Treffen, André's Domschhof, An der Stadtkirche, Rotenburg

Am 5. Juli 2008 startet die integ Niedersachsen beim diesjährigen internationalen Seifenkistenrennen mit ihren zwei flotten Flißern in Wolfsburg. Das Rennen findet im Rahmen der großen Jubiläumsfeierlichkeiten „70 Jahre Wolfsburg“ statt.



Von links: Lutz Freitag, Marianne Saarholz, Matthias Herter, Adolf Bauer und Hannovers Bürgermeister Bernd Strauch.

Einweihung der neuen meravis-Büroräume

Im Herzen von Hannover

Die Wohnungsbau- und Immobiliengesellschaft meravis (die ehemalige Reichsbund Wohnungsbau) feierte am 4. Juni die Einweihung ihres neuen Bürogebäudes. Geladen waren 300 Personen aus Wirtschaft und Politik, die gemeinsam mit den meravis-Mitarbeitern die neuen Räumlichkeiten einweihten.

Mit dem Umzug aus dem zu klein gewordenen Davenstedter Bürohaus in Hannovers Südstadt ist der letzte Schritt der Umstrukturierung abgeschlossen. „Die Zeiten in der Wohnungswirtschaft habe sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Kernaufgabe ist die Optimierung der Prozesse im Hinblick auf Rentabilität, Ökologie und sozialer Verantwortung“, betonte meravis-Geschäftsführer Matthias Herter. Adolf Bauer, Präsident und Geschäftsführer des SoVD, lobte das Engagement des Unternehmens sowie die zukunftsorientierte Neuausrichtung. „Wir sind als Verband sehr froh

darüber, dass die zukünftigen Aufgaben der Wohnungsbaupolitik durch meravis so nachhaltig umgesetzt werden.“ Dem pflichtete Lutz Freitag, Präsident des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft bei. „Die meravis zeigt mit dem Bürobau und dem neuen Stadtquartier, wie man Wohnen und Arbeiten gewinnbringend für Stadt und Gesellschaft umsetzt.“

Am neuen Standort in der Krausenstr. 46 auf dem ehemaligen Gelände der Raiffeisen Hauptgenossenschaft wurden 89 Miet- und Eigentumswohnungen gebaut. Das Bürogebäude ist ein Umbau des alten Firmensitzes der Raiffeisen aus den 1950er Jahren. Die Bausubstanz konnte jedoch erhalten und wieder genutzt werden. Gut 60 Mitarbeiter arbeiten nun in dem neugestalteten Büro mitten in der Stadt. Insgesamt betreut die meravis 7.000 eigene und 2.000 fremde Wohnungen und wird zudem als Bauträger in Norddeutschland geschätzt.

Seminar für Schwerbehindertenvertreter

Eingliederungsmanagement

Vom 27. bis 29. Oktober 2008 veranstaltet die Abteilung Sozialpolitik des SoVD Niedersachsen das Seminar „Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)“ im Vital Hotel Schützenhaus in Bad Sachsa.

Der Referent Peter Rudel, ehemaliger Mitarbeiter im Integrationsamt Hildesheim, vermittelt in dem zweitägigen Seminar Kenntnisse, die für eine sach- und fachgerechte Arbeit der Schwerbehinderten- und Personalvertretung erforderlich sind.

Schulungsschwerpunkte sind dabei: Grundlagen des BEM, Aufgaben und Rollen der Be-

teiligten im Einzelfall, Hinweise zur Gestaltung einer Dienst- oder Betriebsvereinbarung sowie konstruktive Gesprächsführung. Die Veranstaltung richtet sich an Schwerbehindertenvertretungen, Betriebs- und Personalräte sowie Arbeitgeberbeauftragte. Die Seminargebühr beträgt 350 Euro (inklusive Vollpension).

Interessierte können sich bis zum 10. Oktober beim SoVD Niedersachsen, Abteilung Sozialpolitik, Herschelstr. 31, 30159 Hannover, Tel.: 0511/7014837, E-Mail: sozialpolitik@sovd-nds.de anmelden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Aktion zur Sozialstaatskampagne

Unterschriftensammlung



Einen sonnigen Tag nutzten der Uelzener SoVD-Kreisvorsitzende Karl Otto Consten und sein Team in Bienenbüttel zur Sammlung von Unterschriften für die Sozialstaatskampagne. Dabei wurden an dem attraktiv gestalteten SoVD-Stand zudem viele Gespräche zum Zustand des Sozialstaates geführt.

